

Hamburger

China-Notizen

— Von einem nächtlichen Schreibtisch —

NF 918

1. August 2014



Zensoren sind notwendig

In früheren Jahren hatte der Berichterstatter öfter einmal in Hamburger Behörden zu tun, die Sensoren unterstehen, die immerhin den Rang eines Landesministers haben. Staunenswertes war da zu erblicken: nicht selten kahle Schreibtische bei Würdenträgern unterschiedlichen Ranges, auch Absenzen der unterschiedlichsten Art.

Schon damals kam ihm gelegentlich in den Sinn, eine Abwandlung des traditionell-chinesischen Zensoren-tums könne hier förderlich wirken. Aufgrund zahlreicher Selbstherrlichkeiten und Fehlleistungen, auch Unachtsamkeiten in letzter Zeit von Hamburger Verwaltungen der verschiedenen Ebenen hat sich dieser Eindruck noch verstärkt.

Das wäre nicht einmal eine unerhörte Neuerung! Schon als vor Jahrhunderten in Preußen und an-

derswo in Europa die Rechnungshöfe als Kontrollinstanzen für behördliches Handeln eingeführt wurden, folgte das chinesischem Vorbild. Bis heute bestehen diese Rechnungshöfe auch hierzulande, doch ihre Befugnisse sind zu gering.

Natürlich hat sich die Institution des Zensorats in den gut zwei Jahrtausenden, in denen das chinesische Kaiserreich bestand, erheblich verändert, doch das Grundkonzept dieser Institution läßt sich folgendermaßen zusammenfassen: Die Zensoren suchten – aufgrund von Hinweisen oder nach eigenem Ermessen – Behörden aller möglichen Art auf, idealerweise unangemeldet. Dort hatten ihnen Amtsinhaber alle Dienstunterlagen zur Verfügung zu stellen und für ein Gespräch bereitzustehen – und nach manchen Regelungen sollte auch eine Anhörung der Bürger erfolgen. – Die Republik China, die im Jahre 1912 dem hinweggefegten Kaiserreich folgte, sah das Zensorat als eine dermaßen wichtige Institution an, daß sie es neben Legislative, Exekutive, Judikative und Bildungsrat als fünfte Gewalt schuf.

In einem Stadtstaat wie Hamburg funktioniert die klassische westliche Trennung von drei Gewalten nur eingeschränkt. Die Funktionsträger in ihnen begegnen sich zu leicht und zu oft, als daß die unerläßlichen institutionellen Abstände gewahrt werden könnten. Da kommen leicht Kumpaneien auf, die als Hamburger SPD-Filz berüchtigt waren und während eines Interregnums durch vergleichbare, aber nach Lage der Dinge weniger bedeutende schwarze und grüne Verfälschungen abgelöst wurden, jetzt jedoch fröhliche Wiederauferstehung erleben.

Die Kontrollinstanzen der geltenden Hamburger Verfassung funktionieren offenbar nicht besonders gut, und wenn dann die lokalen Medien auch noch vor allem auf Wohlfühligkeiten ausgerichtet sind, dann kennzeichnet Selbstherrlichkeit, nicht Respekt vor den Wählern bald die Lokalpolitiker.

Dem Gemeinwohl würden ehrenwerte und umfassend bevollmächtigte Zensoren dienen, ihr Wirken würde auch der allfälligen Verdrossenheit über Politik und Politiker begegnen, obwohl ihre Kompetenzen sorgfältig abgewogen werden müßten.

Jemand, der die HH-Schul- und Hochschulszenarie einige Jahrzehnte lang verfolgt hat, wird auch – nach chinesischem Vorbild – einen Bildungsrat als vierte „Gewalt“ als unerläßlich ansehen. Länder wie Frankreich und England übernahmen schon im 18. Jahrhundert Vorgehensweisen, die in China im Hinblick auf Bildung und Ausbildung, auch für die Auswahl des Beamtennachwuchses, entwickelt worden waren. Manches davon, so allein schon ein Bildungsrat als Verfassungsorgan, würde Hamburg auch im 21. Jahrhundert gut tun, denn nach allgemeiner Ansicht wirken die Auswirkungen der HH-Politik in beiden Bereichen einfach katastrophal.